



Europa Aktuell 6/2024

Klimapolitik: Gemeinden EU-weit Vorreiter

Eine Studie des CEMR belegt, dass Gemeinden und Regionen europaweit für die Umsetzung von etwa 2/3 der klimarelevanten Gesetzgebung verantwortlich sind. Österreichs Gemeinden haben im Vergleich mit anderen Föderalstaaten jedoch relativ wenig Alleinverantwortung.

Die Studie des CEMR befasst sich mit Entstehung und Umsetzung [der nationalen Energie- und Klimapläne](#), die der EU-Kommission bis Juni 2024 vorgelegt werden mussten. Die österreichische Regierung hat sich bekanntlich erst kürzlich auf die Übermittlung des Plans geeinigt, was auf das Studienergebnis jedoch kaum Auswirkungen hat. Verglichen wurden v.a. die nationale Kompetenzverteilung in Hinblick auf Klima- und Energiegesetzgebung sowie Finanzierungszuständigkeiten anhand der Taxonomie-Kriterien.

Bei den Zuständigkeiten zeigt sich, dass die lokale und regionale Ebene europaweit 68% der im Rahmen der Klima- und Energiepläne (NEKP) anzusprechenden Maßnahmen umsetzen. Dafür wurden 19 Bereiche identifiziert, die zur Zielerreichung der NEKP beitragen. Dazu zählen z.B. erneuerbare Energie, Energieeffizienz, Daseinsvorsorgeleistungen wie Wasserversorgung, Kanal, Abfallwirtschaft oder öffentlicher Verkehr, Raumplanung aber auch Bildung und Forschung. Vieles in geteilter Zuständigkeit mit einer anderen Ebene, in manchen Mitgliedstaaten jedoch auch vieles in alleiniger Zuständigkeit der Kommunen. Österreich sticht nicht nur unter den föderalen Staaten als jener mit erstaunlich wenig rein kommunalen Aufgaben hervor. Vieles ist zwischen Ländern und Gemeinden, Gemeinden und Bund oder Ländern und Bund geteilt. D.h. bei den geteilten Zuständigkeiten liegt Österreich im europäischen Spitzenfeld. Erstaunlich ist auch der mit 46% sehr hohe Anteil an Bundeskompetenz.

Dies schlägt sich auch in der Analyse der Ausgabenentwicklung nieder. Die österreichischen Gemeinden finden sich bei den klimarelevanten Ausgaben nur im europäischen Mittelfeld, während Länder mit rein subnationaler Umsetzungsverantwortung auch die höchsten Ausgaben (und den höchsten Ausgabenanstieg in den letzten Jahren) vorweisen können. Im EU-Durchschnitt war die lokale und regionale Ebene 2019 für 58% aller öffentlichen Klimaschutz Ausgaben verantwortlich, v.a. für Straßenbeleuchtung und Effizienzsteigerungen bei der klassischen Daseinsvorsorge und im Gebäudebereich.



Was hier nicht berücksichtigt ist, sind Vorleistungen. Gemeinden, die bereits vor Jahrzehnten auf Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt haben, verzeichnen natürlich geringere Ausgabenzuwächse als jene, die in kurzer Zeit viel erreichen müssen bzw. wollen. Vielleicht lässt sich dadurch zumindest teilweise erklären, wieso österreichische Gemeinden in der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Bund zurückfallen. Eine andere Erklärung liefert die angespannte Finanzlage der Gemeinden, die aber auch in dieser Studie ausgeblendet wird und die kommunale Ebene europaweit bei der Umsetzung des Grünen Deals bremsen dürfte.

https://ccre-cemr.org/wp-content/uploads/2024/04/NECP_Report_CEMR_2023.pdf

Mario Draghi und die europäische Wettbewerbsfähigkeit

Der lange erwartete Draghi-Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EU lädt nicht zu Optimismus ein. Der frühere EZB-Chef prophezeit Europa den wirtschaftlichen Abstieg, wenn nicht schnell in Infrastruktur und Zukunftstechnologien investiert wird und die EU es nicht schafft, viel geeinter aufzutreten.

Generell vergleicht Mario Draghi die EU und ihre wirtschaftliche Entwicklung v.a. mit den USA und zeichnet ein düsteres Bild der Wettbewerbsfähigkeit. Die EU habe seit der Finanz- und Wirtschaftskrise den Anschluss verloren, nicht ausreichend in Forschung und neue Technologien investiert und mit überbordender Bürokratie und starren Strukturen Innovation behindert bzw. Start-ups in die Abwanderung getrieben. Immerhin wird anerkannt, dass sich das europäische Sozialmodell durch weniger Ungleichheit auszeichnet und europäische Haushalte über hohe Sparguthaben verfügen. Sollte jedoch nicht schnell an der Wettbewerbsfähigkeit gearbeitet werden, sieht Draghi sowohl das europäische Sozialmodell als auch die Dekarbonisierung und andere EU-Best Practices in Gefahr.

Er analysiert mehrere Sektoren, darunter Industrie, Forschung und Entwicklung, Digitalisierung, Energie, Verteidigung und Finanzen und sieht die EU überall im Nachteil zu den USA, mitunter auch zu China. Die durch den Grünen Deal vorangetriebene Dekarbonisierung sollte von der EU genutzt werden um die Vorreiterrolle im Bereich sauberer und grüner Technologien zu sichern und auszubauen, denn hier gäbe es noch europäische Weltmarktführer und innovatives Potenzial. Würde dieses nicht rechtzeitig genutzt, könnte die Dekarbonisierung scheitern.

Sektorübergreifendes Aufholen sei nur durch massive Investitionen und Deregulierung möglich. Draghi sieht die EU als überreguliert, die nationale Umsetzung von EU-Recht mache zudem grenzüberschreitende unternehmerische Aktivitäten sehr kompliziert. Auch Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte unterliegen 27 und mehr unterschiedlichen Standards, können sich über Jahre ziehen und wichtige Investitionen verzögern.

Gelöst werden könne dies nur durch bessere Zusammenarbeit in allen wesentlichen Sektoren, ein gemeinsames Bekenntnis zu strategischen Zielen, Aufgabe nationaler Steckenpferde und ein Durchforsten von EU-Recht inklusive regelmäßiger Deregulierung.

Der Bericht ist also insgesamt eine Bestandsaufnahme für Unternehmen und die Wirtschaft. Die öffentliche Hand wird nur am Rande erwähnt, u.a. wenn es um die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen und ein Umdenken in der Bildungspolitik geht. Die kommunale Ebene und ihren vielfältigen Aufgaben scheinen Draghi fremd. Für die Kohäsionspolitik schlägt er einen Fokus auf Verkehr, Bildung, Wohnraum und digitale Anbindung vor, dadurch sollen Regionen gestärkt und vernetzt, gleichzeitig aber auch Auswirkungen wirtschaftlicher Umbrüche abgefangen werden.

Im Zusammenhang mit der Deregulierung ist seine Empfehlung zum Subsidiaritätsprinzip erwähnenswert: Denn auch wenn die EU in wirtschaftlichen Fragen einheitlicher gestaltet und in weiteren Politikbereichen zur qualifizierten Mehrheit übergegangen werden soll, empfiehlt er andererseits bessere Subsidiaritätsprüfungen und Zurückhaltung des EU-Gesetzgebers in Bereichen, wo die EU nicht unbedingt regulieren muss. Welche dies sind, erläutert er jedoch nicht. Unverständnis zeigt er für die geringe Zahl gelber Karten, die nationale Parlamente im Zuge ihrer Subsidiaritätsprüfungen abgeben. Möglicherweise lässt sich doch in vielen Bereichen argumentieren, warum 27 Mitgliedstaaten bestimmte Ziele in Umfang und Wirkung nur gemeinsam erreichen können. Leider hat Mario Draghi das in diesem Zusammenhang viel wichtigere Verhältnismäßigkeitsprinzip nicht erwähnt, wonach EU-Gesetzgebung formal und inhaltlich nicht über das zur Zielerreichung erforderliche Maß hinausgehen soll.

Die Empfehlungen des Draghi-Berichts werden die neue EU-Kommission in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen, wobei Präsidentin Von der Leyen nicht nur die Wirtschaft im Blick haben muss, sondern v.a. auch die soziale und demografische Entwicklung in Europa.

https://commission.europa.eu/topics/strengthening-european-competitiveness/eu-competitiveness-looking-ahead_en

EU-Kommission: Vorstellung könnte sich weiter verzögern

Mit dem überraschenden Rücktritt von Binnenmarktkommissar Thierry Breton wackelt die Vorstellung der neuen EU-Kommission diese Woche in Straßburg.



Eigentlich schon für letzte Woche angekündigt, könnte sich die von Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen auf diese Woche verschobene Vorstellung der Kommissarsanwärter und ihrer Portfolios weiter verzögern. Montagfrüh trat der bisherige französische Binnenmarktkommissar Thierry Breton überraschend zurück, Frankreich schlägt nun den bisherigen Außenminister Stéphane Séjourné vor. Ob dieser dasselbe Dossier wie Breton zugesprochen bekommt, der angeblich für die Rolle eines Exekutivizepräsidenten für Industrie und strategische Autonomie vorgesehen war, ist fraglich.

Wenig wahrscheinlich ist es daher, dass das Parlament die Hearings im Schnellverfahren absolvieren wird und die Kommission bis Ende Oktober steht.

<https://www.politico.eu/article/frances-commissioner-thierry-breton-resigns-attacks-von-der-leyen-for-questionable-governance/>